

Die von dem Artikelschreiber angeführten Bestimmungen stellen auch keinen eigentlichen Härteparagraphen im üblichen Sinne dar, da sie nur ganz bestimmte Einzelfälle vorsehen und darum der Notwendigkeit, im Sinne des Arztes Abhilfe zu schaffen, nicht gerecht werden.

Es muß aber darauf hingewiesen werden, daß die Reichsabgabenordnung in dem § 108 einen allgemeinen Härteparagraphen enthält und den im Reichsnotopfer fehlenden Spezialhärteparagraphen ersetzt. Nach diesem Paragraphen kann der Reichsfinanzminister in einzelnen Fällen Steuern deren Einziehung nach Lage der Sache unbillig wäre, ganz oder zum Teil erlassen, oder in solchen Fällen die Erstattung oder Anrechnung bereits entrichteter Steuern verfügen.

Für Fälle bestimmter Art kann der Reichsfinanzminister mit Zustimmung des Reichsrates aus Billigkeitsgründen allgemeine Befreiung oder Ermäßigung von Steuern sowie die Erstattung oder Anrechnung bereits entrichteter Steuern vorsehen. Diese Bestimmungen geben eine genügende Handhabe, um die von dem Arzt geschilderten Fälle zu mildern. Es wäre zweckmäßig, wenn die Ärzteorganisation im Sinne obiger Ausführungen den Reichsfinanzminister ersuchen würde, für dauernd Kranke allgemeine Steuerbefreiung oder -ermäßigung eintreten zu lassen.

Standesangelegenheiten.

Reichsnotopfer und Kranke.

Von Dr. **Bruno Birnbaum**,

Steuersyndikus des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller.

Unter obiger Ueberschrift sind in einer Tageszeitung Ausführungen über den Härteparagraphen im Gesetz über das Reichsnotopfer gemacht worden, die zu Mißverständnissen Anlaß geben müssen und unter Umständen die Interessierten mangels Kenntnis der Rechtslage schädigen können.

Der sogenannte Härteparagraph im Reichsnotopfer (§ 59) trifft zunächst nicht das, was der „bekannte Arzt“ als Inhalt wiedergibt. Der betreffende Paragraph ermächtigt vielmehr den Reichsfinanzminister nur in Ausnahmefällen, in denen die Ermittlung des Vermögenswertes Schwierigkeiten begegnet, durch Vereinbarung mit dem Abgabepflichtigen die Abgabe in einem Pauschbetrage festzusetzen. Diese Bestimmung des Härteparagraphen ist keine übliche im Sinne der sonstigen Härteparagraphen, denn sie sieht nur einen bestimmten Fall vor, in dem die Vermögensermittlung Schwierigkeiten bereitet; sie läßt aber keine allgemeine Ermäßigungswohltat aus Billigkeitsgründen zu.